

Kapitel IV

KULTURELLE GETTOISIERUNG: DER JÜDISCHE KULTURBUND

Am 6. Juli 1933 wurde durch Hans Hinkel, Staatskommissar beim Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die Genehmigung zur Gründung des Kulturbundes deutscher Juden (KDJ) erteilt. Dieser sollte den Nazis als offizielle Fassade der deutschen Kulturpolitik hinsichtlich der Juden und nicht zuletzt auch als Rechtfertigung derselben gegenüber dem Ausland dienen. Die Initiative zur Bildung einer jüdischen Kulturorganisation war die Antwort auf das allgemeine Bestreben jüdischer Institutionen, der zunehmenden Ausgrenzung von Juden infolge der Umwälzungen von 1933 entgegenzuwirken. Entgegen der traditionellen, dem Antisemitismus immer wieder neue Nahrung liefernden Verschwörungstheorie hatten es die verschiedenen jüdischen Gemeinden bislang nicht geschafft, sich zu einem gemeinsamen repräsentativen Organ zusammenzuschließen. Im deutschen Judentum des ausgehenden 19. Jahrhunderts standen liberale und orthodoxe Juden einander gegenüber, und mit Beginn des Ersten Weltkriegs kamen die aus Russland und Polen geflohenen „Ostjuden“ hinzu. Diese unterschiedlichen Gruppierungen besaßen alle ihre eigenen Synagogen und Vereine und wetteiferten um die Kontrolle über die jeweilige Gemeinde. Auch zwischen der politischen Einstellung und der Zugehörigkeit zur einen oder anderen Gemeinde herrschte nicht unbedingt immer Übereinstimmung.

Trotzdem hatten sich in Reaktion auf den zunehmenden Antisemitismus im Kaiserreich um 1890 zwei große Organisationen, der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) und die Zionistische Vereinigung für Deutschland (Zvfd) herausgebildet. Ihre Gründung markierte gleichzeitig das Ende der Integrations-Euphorie sowie einer positiven Konzeption der jüdischen – insbesondere religiösen – Identität. Für die Juden, die sich mittels der Konversion zu einer der christlichen Religionen für eine vollständige Integration entschieden hatten, stellte sich die Frage nach der Identität freilich nicht, weil sie sich meistens ihrer eigenen Wurzeln kaum noch bewusst waren. Bis 1933 konnte der Centralverein die Mehrheit der jüdischen Gemeinderatsmitglieder unter seinem Dach vereinen und so den zionistischen Radikalismus eindämmen. Die Zionisten ihrerseits betrachteten die Mitglieder des CV als „Assimilierte“.

Indem sie den Druck auf die jüdische Bevölkerung ständig erhöhten, gelang es den Nazis, die Gesamtheit der großen jüdischen Organisationen (CV, Zionistische

Vereinigung, Hilfsverein der deutschen Juden, Jüdischer Frauenbund, Preußischer Landesverband Jüdischer Gemeinden, Jüdische Gemeinde Berlin sowie die orthodoxe Agudas Israel) am 13. April 1933 im „Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau“ zusammenzuführen. Außerdem wurde Anfang Juni die für das gesamte Reichsgebiet zuständige „Zentralstelle für jüdische Wirtschaftshilfe“ gegründet. Schließlich entstand am 17. September 1933 in Berlin die „Reichsvertretung der deutschen Juden“ als Dachverband aller jüdischen Regionalvereine und Organisationen.

Diese rasante Entwicklung war von den Behörden gefördert worden, weil sie unter anderem den Vorteil mit sich brachte, dass sich die jüdische Bevölkerung ohne offensichtlichen Zwang in eine „selbstgewählte“ massive Isolierung begab. Stets darum bemüht, eine internationale Gemeinschaft, die die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland aufmerksam mitverfolgte, nicht vor den Kopf zu stoßen, konnten die Nazis somit behaupten, diese Gettoisierung sei erstens freiwillig und trage zweitens dazu bei, die Juden als Minderheit in Deutschland zu schützen. Darüber hinaus befreite die Schaffung eines wirtschaftlichen Selbsthilfesystems den deutschen Staat von der finanziellen Last, die er sonst in Form von Sozialhilfezahlungen an die wegen der antijüdischen Gesetzgebung – insbesondere des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums – verarmten jüdischen Bürger hätte leisten müssen. Was die Gründung eines jüdischen Kulturbunds betraf, so wurde dieser gleich zwei Anforderungen gerecht: Zum einen galt es, den arbeitslosen Künstlern ein Gefühl der Sicherheit zu vermitteln, indem sie wieder auftreten und schöpferisch tätig sein würden; zum anderen ging es darum, der jüdischen Gemeinschaft mithilfe einer Organisation, die eine jüdische Kultur für Juden pflegte, einen moralischen und emotionalen Halt zu geben.

Ein weiterer nicht zu vernachlässigender Aspekt bei der Gründung des Zentralausschusses für Hilfe und Aufbau war die Aussicht auf Unterstützung durch die großen amerikanischen Hilfswerke, die bisher nur den Juden aus Osteuropa geholfen hatten. Ihrer sehr effizienten Vermittlungsarbeit war es zu verdanken, dass zwischen 1933 und 1941 mehr als die Hälfte der deutschen und österreichischen Juden auswandern konnte und so den Todeslagern entkam (278 000 von 525 000 deutschen und 120 000 von 220 000 österreichischen Juden).

Das Konzept des Jüdischen Kulturbunds ging auf die Initiative mehrerer einflussreicher Intellektueller zurück, darunter des Dirigenten Joseph Rosenstock, des Theaterkritikers Julius Bab¹⁸⁸ und des Regisseurs Kurt Baumann. Die eigentliche Gründung war jedoch dem 1885 geborenen Neurologen, Chordirigenten und Mu-

188 Julius Bab, geboren 1880, emigrierte 1939 zuerst nach Paris und 1940 weiter in die Vereinigten Staaten, wo er 1955 starb.

sikwissenschaftler Kurt Singer zu verdanken. Als Leiter des von ihm 1913 selbst ins Leben gerufenen Berliner Ärzte-Chors zählte er zweifellos zu den profilierten Persönlichkeiten des Berliner Musiklebens, unerschütterlich in seinem Glauben an die deutsche Kultur und Geschichte. Bevor er zum Reichspräsidenten der jüdischen Kulturbünde ernannt wurde und in dieser Funktion sämtliche damit verbundenen organisatorischen Aufgaben übernahm, war er für verschiedene Zeitungen – unter anderem für das sozialdemokratische Blatt *Vorwärts* – als Musikkritiker und von 1927 bis 1933 als stellvertretender Intendant der Städtischen Oper in Berlin-Charlottenburg tätig. Die Ziele des Kulturbundes umschrieb er mit folgenden Worten: „Weder kann Politik Eingang in unsere Arbeit finden, noch dürfen wir uns um innerpolitische jüdische Angelegenheiten kümmern. Dass wir betonter als je zum Judentum stehen, ist selbstverständlich, dass wir in unserer Arbeit spezifisch jüdischem Schaffen in Drama, Musik und geistiger Belehrung seinen Platz einräumen, halten wir für höchste Pflicht und höchsten Gewinn! Dass wir der Kultur deutscher Geistes- und Kulturheroen verpflichtet und verbunden sind, braucht nach unserem Bekenntnis, deutsche Juden zu sein, nicht erst betont zu werden. Also ein Kompromiss? Ja! Aus dem festen, unbeugsamen, ehrlich bekannten Willen heraus, ein kulturelles Band um die noch so verschieden gearteten Überzeugungen aller Juden zu knüpfen, und überhaupt erst die Möglichkeit einer Ideengemeinschaft zu schaffen.“¹⁸⁹ Singer emigrierte 1938 nach Holland, wo er sechs Jahre später verhaftet und nach Theresienstadt deportiert wurde. Dort starb er 1944 an den Folgen seiner Haft.

Wichtigster Ansprechpartner Singers bei den Vorarbeiten zur Schaffung eines jüdischen Kulturbundes war der von Goebbels mit der „Entjudung des deutschen Kulturlebens“ beauftragte Hans Hinkel. Von Hermann Göring, dem neuen Ministerpräsidenten Preußens, der sehr erpicht darauf war, die Kontrolle über die Theater „seines“ Landes zu behalten, zum Leiter des preußischen Theaterausschusses ernannt, übte Hinkel seine Ämter als preußischer Landesleiter im Kampfbund für deutsche Kultur und als Offizier bei der SS, der er seit 1931 angehörte, weiterhin aus. Am 6. April 1933, dem Vorabend der Verabschiedung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums und noch ehe die Verhandlungen zwischen preußischer Regierung und Vertretern der jüdischen Gemeinde überhaupt angefangen hatten, erklärte Hinkel in der *Central-Verein-Zeitung*, man wisse, dass die intellektuelle Vorherrschaft der Juden dazu geführt habe, dass die Deutschen jegliche Kontrolle über ihr „eigenes Haus, vor allem im Bereich von Politik und Kultur“, verloren hätten. Der unabhängige deutsche Künstler jüdischer Herkunft

189 Zt. in Eva Weissweiler, *Ausgemerzt!*, S. 414